# Allgemeiner Anzeiger

## Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breuerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 63 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 84 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 40 Reichspfennig — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto. — | Halver Donnerstag, den 17. März | Erscheint wöchentlich 6 mal Gratisbeilagen „Zeitgeschehen im Wochenbild" „Landmanns Sonntagsblatt" „Herd und Scholle" — — — und „Für unsere Frauen" — — — | 1932


**Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten**

### Kleine Zeitung für eilige Leser

* Reichspräsident von Hindenburg dankte den Mitgliedern der Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse für die geleistete Wahlarbeit.

* Die Reichsregierung begründete in einer Note an Frankreich ihren ablehnenden Standpunkt dem Donaubundplan gegenüber.

* Die Abrüstungskonferenz wurde um einen Monat vertagt.

## Vor neuen Kämpfen.

Ein Wahlkampf, ein Wahltag, der aber die Entscheidung nicht herbeiführte, liegt hinter dem deutschen Volke. Alle Mittel moderner und modernster Wahlpropaganda waren in Bewegung gesetzt worden, wurden ausgenutzt bis zur letzten Möglichkeit. Ähnliches steht dem deutschen Volke aber nun noch gleich zweimal bevor. Und wenn wirklich von der Reichsregierung für die Zeit vor Ostern eine Art politischer Burgfriede „notverordnet" wird, wie das für die Weihnachtszeit geschehen war, dann drängen sich die Explosionen der Wahlpropaganda bis zum 10. April auf eine verhältnismäßig kurze Zeit zusammen. Da kommt erst die Wiederholung der Reichspräsidentenwahl. Manches ist ja in dem Verfahren abgekürzt, das jetzt zu beobachten ist, um die Kandidaten für diese zweite Wahl nambaft zu machen und aufzustellen. Die überaus starke Wahlbeteiligung am 13. März war eine Überraschung, die sich aber vielleicht wiederholt; denn die sogenannte „Seele" des Wählers ist ein so unbestimmbares Etwas, unterliegt so ungeahnten Einflüssen und Beeinflussungen, daß auch ganz andersartige Überraschungen erfolgen können als am 13. März.

Dann aber geht es gleich weiter mit der Wahlpropaganda, geht es weiter übrigens unter einer anderen Parteiengruppierung: für den 24. April sind ja die Wahlen zum Preußischen Landtag angesetzt. Und nicht bloß in diesem großen deutschen Freistaat, sondern auch in Bayern, Württemberg, Anhalt, vielleicht auch Hamburg sollen Neuwahlen für die Landtage bzw. die Bürgerschaft stattfinden. Ein verhältnismäßig nur sehr geringer Teil Deutschlands wird also nach dem 10. April den Wahlkampf einstellen können, während es damit in den erwähnten deutschen Ländern noch vierzehn Tage weitergehen wird. In diesen Länderparlamenten sieht es heute parteipolitisch vielfach so unklar aus, stehen so kleine Mehrheiten sehr großen Minderheiten gegenüber, daß auch dort das Ringen um die Seele des Wählers — genauer gesagt: um seine Stimme — von den Parteien mit aller nur möglichen Energie geführt werden wird.

In Preußen verschiebt sich für diese Wahl des 24. April die Parteigruppierung des 13. März bzw. des 10. April. Verschiedene Parteien, die für die Kandidatur Hindenburgs eintraten, werden beim Kampf um die preußischen Landtagsmandate Seite an Seite mit der nationalen Opposition, also mit den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen fechten gegen die Parteien vom Zentrum bis zur Sozialdemokratie. Welches Ergebnis dabei herauskommen wird, liegt besonders tief im dunklen Schoß der Zukunft. Eines aber ist sicher: der Preußische Landtag wird weniger Abgeordnete als bisher aufweisen, da dort fortan der Kandidat nicht mehr 40 000, sondern 50 000 Stimmen auf sich vereinigen muß, um gewählt zu sein. Der Staatsgerichtshof hat den Antrag der deutschnationalen Fraktion im Preußischen Landtag, diese Heraufsetzung des „Wahlquotienten" für verfassungswidrig zu erklären, soeben zurückgewiesen, und zwar mit der Begründung, daß der Erfolg jener Maßnahme der preußischen Regierung in einer erheblichen Ersparnis bestehe und daß es im Wesen der vom Reichspräsidenten den Landesregierungen erteilten Ermächtigungen liege, überall bei den öffentlichen Ausgaben solche Ersparnisse herbeizuführen. Politische Wirkungen werden nach Ansicht des Staatsgerichtshofes durch die Verminderung der Abgeordnetenzahl nicht herbeigeführt. Übrigens handelt es sich auch beim Bayerischen Landtag um eine Streitfrage wegen der Mandatsziffer; da man sich in München dazu entschlossen hat, diesen Streit gewissermaßen durch eine Neuwahl zu begraben, so werden auch für Bayern nach dieser Richtung hin klare Verhältnisse geschaffen werden.

Die großen Landtage stehen also ziemlich dicht vor der Neuwahl und es bleibt ihnen viel Zeit für parlamentarische Arbeit nicht mehr übrig. Infolgedessen hat der Preußische Landtag den interessanten Beschluß gefaßt, von der ihm eigentlich zustehenden parlamentarischen Erledigung des Haushalts in der Vollversammlung abzusehen. Es findet nur so etwas wie eine erste Lesung statt, aber die weitere und endgültige Entscheidung über den Haushalt hat man dem neugewählten Landtag überlassen. Und noch ein zweiter Vorschlag ist dort erfolgt, über dessen Schicksal aber erst in den nächsten Tagen entschieden wird: die Wirtschaftspartei beantragte, für Preußen das Wahlalter von 20 auf 25 Jahre zu erhöhen. Das wäre eine Verfassungsänderung und es muß sich erst zeigen, ob sich dafür im Preußischen Landtag auch die vorschriftsmäßige Zweidrittelmehrheit findet. Auch werden die Gegner dieses Antrages sofort den Einwurf machen, der Artikel 22 der Reichsverfassung bestimme, daß die Reichstagsabgeordneten „von den über 20 Jahre alten Männern und Frauen" gewählt werden müssen; dem habe sich auch jede Landesverfassung zu fügen genau so wie den anderen in diesem Artikel enthaltenen Bestimmungen über die Verhältniswahl und den Sonntag als Wahltermin.

Neu ist der Wunsch auf Heraufsetzung des wahlfähigen Alters nicht. Gegen die Durchführung haben sich bisher die Parteien gewehrt, die nach dem Umsturz das Wahlrecht für die Zwanzigjährigen forderten; vor allem die Sozialdemokratie. Sollten diese Parteien gerade jetzt, unmittelbar vor einer Wahl, ihre alten Grundsätze aufgeben und für den Ausschluß einiger junger Jahrgänge von der Wahl stimmen, um dadurch ihre eigenen Aussichten zu verbessern?

# Deutschland gegen den Donaubundplan

## Die Rache des Versailler Diktats.

Der Wahnsinn der Zerschlagung Mitteleuropas in kleine Staaten durch das Versailler Diktat beginnt sich bitter an seinem Urheber, Frankreich, zu rächen. Nachdem es sich gezeigt hatte, daß besonders die Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns in ihrer Vereinzelung nicht lebensfähig waren, suchte Frankreich die Risse mit seinem Golde zu verkleistern und gleichzeitig durch seine finanziellen Hilfeleistungen die widerstandsunfähigen Staaten für seine machtpolitischen Pläne besonders im Hinblick auf eine Einkreisung Deutschlands gefügig zu machen.

Aber auch mit Geld waren die schweren Fehler des Versailler Diktats nicht wieder gutzumachen. Die Auseinanderreißung organisch zusammengehöriger Staatsgebiete wirkte sich weiter katastrophal aus, und um — als letzter Versuch — sein in den südöstlichen Staaten angelegtes Geld zu retten, kam Frankreich mit seinem Donaubundplan heraus. Da diese sich ebenfalls in seinem letzten Endziel gegen Deutschland und den Anschluß Österreichs an Deutschland richtet, hat Deutschland seine schweren Bedenken gegen die französischen Absichten geltend gemacht und dabei die Unterstützung Italiens gefunden, während England nach französischer Darstellung auf seiten Frankreichs stehen soll. Die deutsche und italienische Regierung verlangen, daß entgegen den französischen Vorschlägen die Frage des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Donaustaaten nicht ausschließlich im Kreise der fünf Donaumächte, sondern mit Einbeziehung von Deutschland, England, Frankreich und Italien behandelt werden soll. Auf deutscher Seite wird die Auffassung vertreten, daß die einseitige Schaffung von Vorzugszöllen innerhalb der fünf Staaten ohne Deutschland nicht tragbar ist, da damit ein neues großes Absatzgebiet für die Industrie dieser Staaten geschaffen und die deutsche Industrie ausgeschlossen werden würde. Ferner wird auf deutscher Seite die Teilnahme Bulgariens an den Verhandlungen gewünscht.

*

## Deutschlands Einwendungen gegen den Donauplan.

**Die deutsche Antwort auf den Tardieuschen Donaubundplan ist dem französischen Botschafter in Berlin, François-Poncet, zur Weiterübermittlung an die französische Regierung übergeben worden. Die deutsche Stellungnahme geht davon aus, daß sich die Reichsregierung in der Beurteilung der Dringlichkeit einer entschlossenen Hilfsaktion für die notleidenden Donaustaaten mit der französischen Regierung in voller Übereinstimmung befindet.**

Die deutsche Regierung ist immer der Meinung gewesen, daß die beste Lösung zur Überwindung dieser Schwierigkeiten die Schaffung eines Wirtschaftsraumes wäre, der nach seiner Größe und seiner wirtschaftlichen Struktur den

**Absatz der landwirtschaftlichen Überschüsse**

**aus den südosteuropäischen Agrarstaaten innerhalb seiner Grenzen sicherstellt. Dieses Ziel würde jedoch lediglich durch eine Zusammenfassung der Donauländer unter sich, wie dies französischerseits vorgeschlagen wird, nicht erreicht werden.**

**Vielmehr wird ein solcher Wirtschaftsraum auch die großen landwirtschaftlichen Zuschußgebiete Europas mit umfassen müssen. Ein auf die Donaustaaten beschränkter wirtschaftlicher Zusammenschluß würde überdies für die ebenfalls stark bedrohte deutsche Wirtschaft eine schwer erträgliche Verengung ihres Arbeitsmarktes zur Folge haben.**

Mit der Verwirklichung der durchgreifenden Lösung durch Schaffung eines solchen großen europäischen Wirtschaftsraumes wird jedoch nicht sofort gerechnet werden können, wie sie für eine rechtzeitige Hilfe unerläßlich ist. Schon die italienische Regierung hat in ihrer, nach Auffassung der Reichsregierung durchaus zutreffenden Beurteilung der Lage darauf hingewiesen, daß in der

**schwierigen Situation Österreichs und Ungarns**

ein Gefahrenmoment liege, dessen Beseitigung vordringlich erscheint. Österreich kann nach Auffassung der deutschen Regierung eine wirksame und rasche Hilfe dadurch gewährt werden, daß entsprechend der Anregung des Finanzausschusses des Völkerbundes seine Nachbarländer und andere Staaten für die Aufnahme der österreichischen Ausfuhr bevorzugte Bedingungen schaffen. Ungarn und den übrigen Donaustaaten mit überwiegend agrarischer Erzeugung wird ebenfalls zunächst dadurch eine wesentliche Erleichterung gebracht werden können, daß ihre Getreideüberschüsse von den europäischen landwirtschaftlichen Zuschußgebieten unter günstigeren Bedingungen aufgenommen werden.

Auch die Reichsregierung sieht in der Antwort in einer

**Einigung aller beteiligten Staaten**

auf der Basis dieser Vorschläge den besten Weg für eine rasche wirksame Hilfe für die in Frage kommenden Donauländer. Sie hat sich in ihrer Antwort auf den Appell Österreichs bereits vorbehaltlos auf diesen Boden gestellt. Sie hat ebenso wie die französische Regierung die praktische Verwirklichung der Vorschläge durch Abschluß von Verträgen mit Ungarn und Rumänien über

**die bevorzugte Abnahme von Getreide aus diesen Ländern**

schon in Angriff genommen. Sie ist im gleichen Geist der Hilfsbereitschaft und wirtschaftlichen Zusammenarbeit bereit, sich an der weiteren internationalen Behandlung dieser Frage zu beteiligen.

## Serbien gegen den Donau-Plan.

Das Blatt des serbischen Außenministers, die „Prawda", berichtet aus Genf, daß der südslawische Außenminister Marinkowitsch dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu mitgeteilt habe, daß Südslawien auf keinen Fall der Schaffung eines Vorzugszollbundes zwischen Oesterreich Ungarn und der Tschechoslowakei zustimmen würde. Südslawien sei auch gegen die Vorzugszollverhandlungen Italiens mit Oesterreich und Ungarn. Für Südslawien sei es eine Lebensfrage, Absatzmärkte für seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu finden. Es sei daher der Ansicht, daß der derzeitige Zustand günstiger sei, als wenn eine enge Verbindung zwischen Prag, Wien und Budapest bestünde.

Zugleich berichtet die „Prawda" über große Schwierigkeiten, auf die Tardieu in Genf gestoßen sei. Es könne keine Rede davon sein, daß sich der französische Plan in absehbarer Zeit verwirklichen lassen werden. Es bestünden in dieser Hinsicht noch immer dieselben Hindernisse, die seit zehn Jahren jeden Versuch einer Neuregelung der mitteleuropäischen Verhältnisse zum Scheitern gebracht hätten.

## Kurze politische Nachrichten.

Die Generalversammlung der Reichsbank genehmigte die Verteilung einer Dividende von wieder 12 Prozent.

*

Zu der Meldung über einen Anschlag auf den D-Zug bei Kahla, in dem sich Adolf Hitler befand, wird von der Deutschen Reichsbahngesellschaft mitgeteilt, daß sich dieser Anschlag als harmlos herausgestellt habe. Die Beschädigung der Fensterscheibe des D-Zug-Wagens sei auf einen Stein zurückzuführen. Anscheinend stamme diese Beschädigung von einem Fußballwettkampf, der in der Nähe stattgefunden habe.

*

Der Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtages hat beschlossen, daß sich der Landtag mit Wirkung vom 24. April auflöst und daß die Landtagsneuwahlen auf diesen Tag festzusetzen sind. In der Vollsitzung des Landtages wurde der Ausschußbeschluß einstimmig angenommen.

*

Das bisherige vorläufige amtliche Wahlergebnis für Mecklenburg-Lübeck lautet: Duesterberg 60 979, Hindenburg 245 089, Hitler 186 615, Thälmann 46 658, Winter 2200, insgesamt 541 541 Stimmen.

*

Die letzte Statistik des Arbeitsamtes der Regierungskommission meldet 42 774 Arbeitslose im Saargebiet. Das bedeutet gegenüber der Berichtsvorwoche eine Steigerung um 1000 Mann. Am 4. März 1931 wurden im Saargebiet 19 922 Erwerbslose gezählt.

*

Im Irischen Landtag teilte Ministerpräsident de Valera mit, die Regierung schlage die Aufhebung des Treueides zur englischen Krone aus der irischen Verfassung vor. Der Finanzminister kündigte ferner die Absicht der Regierung an, die jährlichen Entschädigungszahlungen an England im Betrage von drei Millionen Pfund einzustellen.

## Haushaltsberatung im Preuß. Landtag.

(282. Sitzung.) tt. Berlin, 16. März.

Der Preußische Landtag verabschiedet zunächst einen Gesetzentwurf der Regierungsparteien ohne Aussprache, wonach in Änderung des preußischen Wahlgesetzes in Zukunft beim Ausscheiden eines Abgeordneten nicht automatisch der Listennachfolger in den Landtag eintreten soll. Die Entscheidung über die Person des Nachrückenden wird in die Hand der Parteiorganisation gelegt.

Anträge des Beamtenausschusses werden bestätigt. U. a. wird das Staatsministerium darin ersucht, baldigst die Zahl der Anwärter für den oberen Justizdienst in einem dem Bedarf entsprechenden Umfange zu erhöhen. Die ruhegehaltsfähigen Stellenzulagen für Lehrpersonen sollen unter Berücksichtigung der in Frage kommenden ländlichen Lehrer wieder hergestellt werden.

**Die erste Haushaltsberatung wird fortgesetzt.**

Die allgemeine politische Aussprache eröffnet.

## Der Donaubundplan und die deutsche Wirtschaft.

**Deutschland und das osteuropäische Wirtschaftsproblem.**

Der Tardieusche Donaubundplan veranlaßte die deutsche Gruppe des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, die Presse zu einer Besprechung dieser Frage einzuladen. Der Vorsitzende der deutschen Gruppe, Freiherr von Wilmowsky, führte aus, daß seit der deutschen Wirtschaftskrise eine steigende wirtschaftliche Einkreisung Deutschlands festzustellen sei. Tardieus Vorstoß beweise, daß Gefahr vorhanden sei. Ausfuhr bleibe für Deutschland eine Notwendigkeit. Aber die politischen und wirtschaftlichen Bestrebungen der deutschen Weltmächte zwängen Deutschland gleichfalls zur Erweiterung seines Wirtschaftsraumes.

Der Geschäftsführer der deutschen Gruppe, Dr. Hahn, legte das Problem in seinen Einzelheiten dar. Das Donauproblem sei, wirtschaftlich betrachtet, in erster Linie eine Absatzfrage und in zweiter erst eine Geldfrage. Frankreich habe den Ländern des Donauraumes finanzielle Hilfe für politische Zwecke geleistet. Diese Gelder seien durch die Lage der Länder des Donauraumes jetzt gefährdet. Darum suche Frankreich die Lösung von der Zollseite her. Im einzelnen führte der Redner aus, daß alle beteiligten Länder größte Bedenken gegen den Tardieuschen Plan hätten. Dr. Hahn wies die Wichtigkeit der osteuropäischen Länder für den deutschen Außenhandel zahlenmäßig nach. Mit dem System der Meistbegünstigung komme man heute nicht mehr aus. Das Problem laute: einen großen Wirtschaftsraum für den eigenen Absatz sicherzustellen. Als ein solcher Wirtschaftsraum kämen nur die Agrarüberschußländer Mitteleuropas in Frage. Vom deutschen Standpunkt aus sei das Vordringlichste, die mitteleuropäische Frage zu entpolitisieren. Deutschland dürfe keine Zweifel darüber lassen, daß es in seiner heutigen schweren Lage unter Umständen gezwungen wäre, sein eigenes Wirtschaftsgebiet gegen Benachteiligungen durch Verwirklichung des Tardieuschen Planes energisch zu schützen.

Die sich anschließende Aussprache gewann erhöhtes Interesse durch Ausführungen des Vorsitzenden der Deutschen Partei in Rumänien, Dr. Roth. Er stellte seine Übereinstimmung mit den Gedankengängen Dr. Hahns in allen Teilen fest. Zur Lage in Rumänien erklärte der Redner, das Land verelende von Monat zu Monat weiter. Die Versuche, eine bodenständige Industrie zu schaffen, seien völlig gescheitert. Die Landwirtschaft treibe nur noch beschränkte Bedarfswirtschaft. Die Entwicklung gehe in Richtung völliger Primitivität. Politik werde in Osteuropa überhaupt nicht mehr gemacht. Man befolge nur die Weisungen der französischen Gesandten. Die Stellung Deutschlands in Osteuropa sei bei weitem nicht so schwach, wie man in Deutschland annehme. Nur Deutschland käme als Abnehmer der Agrarerzeugnisse der osteuropäischen Länder in Frage. Bedauerlich sei es, daß Deutschland wegen seines innenpolitischen Zwistes unfähig zu außenpolitischen Handlungen sei. Deutschland müsse erkennen, daß eine Lösung nur noch in der Erfassung der mittel- und osteuropäischen Wirtschaftsräume gefunden werden könne.

## Wichtige Fahrplanänderungen zum Fahrplanwechsel.

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Wuppertal teilt uns folgendes mit:

Am 22. Mai tritt der Jahresfahrplan 1932-33 in Kraft. Bei der ungünstigen Wirtschaftslage und dem stark zurückgegangenen Reiseverkehr können in diesem Jahre neue Züge nur in Ausnahmefällen eingerichtet werden. Dagegen sind durch wesentliche Beschleunigungen bei allen Zuggattungen wichtige Fahrplanverbesserungen zu verzeichnen.

**Strecke Köln—Wuppertal—Hagen—Hamm/Soest.**

P 287 Unna ab 6,58 — Hamm an 7,19 vermittelt Anschluß an D 39 nach Hannover—Magdeburg—Berlin-Potsd. Bhf. Bei Benutzung des P 435 (Wt-Elberfeld ab 5,04, Hagen-Hbf. ab 6,06) wird damit den Reisenden zwischen Wuppertal—Unna die Erreichung der Frühverbindung nach Berlin ermöglicht.

P 323 Köln-Hbf.—Remscheid wird zu Gunsten des Berufsverkehr wesentlich früher gelegt. Köln-Hbf. ab 8,17, Solingen-Ohligs an 8,47, Solingen-Hbf. an 9,04, Remscheid-Hbf. an 9,25. Er vermittelt in Solingen-Ohligs unmittelbaren Anschluß vom Schnellzuge D 190. Eilzug 139 wird ab Köln-Hbf. um 18 Minuten spätergelegt. Bei möglichster Beschleunigung erreicht er wie heute in Wt-Elberfeld den Anschluß an Eilzug 183 nach Münster-Norddeich. Zug 139 beginnt schon in Aachen. Eilzug 183 erhält einen neuen Aufenthalt in Wt-Oberbarmen. D 93 Köln—Altona wird bei späterer Abfahrt von Köln-Hbf. (11,19 Uhr) um 30 Minuten beschleunigt. Er vermittelt in Köln-Hbf. Anschluß vom D 47 von München. Wt. Elberfeld an 12,03 ab 12,05, Hagen an 12,34 ab 12,37, Hamm an 13,18. In Hamm wird nunmehr unmittelbarer Anschluß an FD. 21 (Abfahrt 13,23) erreicht.

FD 225 wird zwischen (Paris—Brüssel)—Köln—Wuppertal—Berlin beschleunigt. Wt-Elberfeld — 17,34-17,40 Berlin-Friedr. Str. an 23,58. Anschlußzug D 325 verkehrt Düsseldorf-Hbf. ab 16,48—Wt-Elberfeld 17,26-29 (Uebertstellung des Berliner Kurswagens auf FD 225)—Wt-Oberbarmen an 17,38. Eilzug 79 wird ab Köln-Hbf. zur Aufnahme der Anschlüsse vom D 163 von Basel und FD 263 von München spätergelegt = Köln-Hbf. ab 17,43 Uhr, Wt-Elberfeld an 18,31, Wt-Oberbarmen an 18,42. Im Anschluß an Eilzug 69 (Unna an 20,32) wird ein neuer Anschlußzug gefahren = P 2257 Unna ab 20,37 — Soest an 21,15. Die bisher im Sommer zwischen M.-Gladbach—Haag über Venlo verkehrenden Eilzüge 132/133 werden versuchsweise nach und von Düsseldorf verlängert = E 132 Düsseldorf-Hbf. an 10,45, E 133 Düsseldorf-Hbf. ab 17,51. FD 26-226 Berlin-Altona—Hagen—Wuppertal — Köln —(Brüssel—Paris) wird beschleunigt = Wt-Elberfeld 14,18-14,21, Köln-Hbf. an 14,58. D 126 — Köln-Hbf. ab 15,05 Uhr. D 326 verkehrt dementsprechend Wt-Oberbarmen ab 14,07, Wt-Elberfeld ab 14,27 (nach Uebertstellung des Berliner Kurswagens), Düsseldorf Hbf. an 14,51.

Eilzug 70 verkehrt nunmehr im unmittelbaren Anschluß vom E 313 von Siegen = Wt-Oberbarmen ab 16,18, Wt-Elberfeld ab 16,29, Köln-Hbf. an 17,18.

D 144 von Dresden—Hannover trifft bereits um 17,11 Uhr in Hamm ein. Bei Benutzung des P 2274 (Hamm ab 17,17) wird in Unna Anschluß an den beschleunigten Personenzug 334 erreicht = Hagen an 18,23, Wt-Elberfeld an 19,18. (Gegenüber der bisher notwendigen Benutzung des Eilzuges 62 ab Hamm bedeutet dieses eine Verkürzung der Reisezeit um rund 1½ Stunden.)

Eilzug 62 wird bei entsprechend späterer Abfahrt von Münster um 21 Minuten beschleunigt. Ankunft Hagen-Hbf. 20,03, Wt.-Elberfeld 20,42, Köln-Hbf. 21,39.

Eilzug 66 von Emden wird zwischen Hamm—Köln-Hbf. um weitere 10 Minuten beschleunigt, was namentlich von den Uebergangsreisenden in Hamm vom FD 22 Berlin—Köln nach Hagen und Wuppertal besonders begrüßt werden wird. Ankunft in Hagen-Hbf. 22,08, in Wt-Elberfeld 22,47. Zur Verbesserung des Anschlusses vom Schnellzuge D 40 (Hamm an 23,44) von Berlin—Hannover beginnt Eilzug 164 nach Hagen—Wuppertal—Düsseldorf nunmehr in Hamm. Er wird dabei wesentlich beschleunigt und trifft ein = in Hagen um 0,32, in Wt-Elberfeld um 1,04, in Düsseldorf-Hbf. um 1,33 Uhr. Für den zwischen Soest—Unna ausfallenden E 164 wird ein Personenzug 2258 eingerichtet = Soest ab 23,08, Unna an 23,48 mit Anschluß an Eilzug 164 von Hamm—Unna ab 0,06.

Der bisherige Aufenthalt in Schwerte bei dem D 99 Köln—Altona wird nach Unna verlegt, um dort die Anschlüsse von Fröndenberg (oberes Ruhrtal, Menden und Iserlohn) zu verbessern. In Schwerte hält der dem D 99 im kürzesten Abstande folgende D 5 nach Berlin wie seither. Personenzug 348 zwischen Werl—Schwerte wird soviel später gelegt, daß in Unna der Uebergang vom Personenzuge 256 von Hamm möglich ist. Die seitherigen Uebergangsmöglichkeiten in Schwerte werden hierbei aufrecht erhalten.

**Strecke Hagen i. W.—Brügge — Dieringhausen.**

Neue Züge:

P 1107 Lüdenscheid ab 8,16 — Hagen an 9,10
P 1109 Lüdenscheid ab 14,07 — Hagen an 15,01
P 1108 Hagen ab 9,20 — Brügge an 10,01
P 1110 Hagen ab 12,16 — Brügge an 12,57.
P 1127 Dieringhausen ab 13,29 — Brügge an 14,39 (Anschluß an den rund eine halbe Stunde später gelegten Eilzug 165 = Brügge ab 14,52 — Hagen an 15,23)
P 1184 Brügge ab 21,08 — Dieringhausen an 22,18 verkehrt auch an Werktagen.

Personenzug 1035 von Marienheide wird unmittelbar bis Remscheid durchgeführt = Lennep ab 13,26 — Remscheid an 13,32. In der Gegenrichtung verkehrt P 1618 bereits ab Lennep = Abfahrt 14,58. Der in Wipperfürth nach Düsseldorf aufkommende Sonntagsverkehr findet unmittelbare Abbeförderung mit dem Zuge 551 = Wipperfürth ab 19,49 — Düsseldorf-Hbf. an 21,35.

**Strecke Bergneustadt—Dieringhausen**

Personenzug 1218 (Bergneustadt ab 8,32) fällt aus. Er wird ersetzt durch P 1238 = Bergneustadt ab 10,38 — Dieringhausen an 10,47 zum unmittelbaren Anschluß an den Eilzug 318 nach Köln-Hbf.

**Strecke Velbert-Kupferdreh—Wt-Vohwinkel**

Der Personenzug 920 (Velbert-Hbf. ab 6,48) wird um soviel beschleunigt, daß er Sonntags in Wt-Vohwinkel den Anschluß an Zug 1562 nach Linz erreicht.

# Zwischen den Wahlschlachten

## Die Heraufsetzung des Wahlalters in Preußen.

Der Ältestenrat des Preußischen Landtages beschloß, den Gesetzentwurf der Wirtschaftspartei über die Hinaufsetzung des aktiven Wahlalters in Preußen am Freitag auf der Vollsitzung des Landtages zur zweiten Lesung zu stellen. Die erste Lesung des Entwurfes hat schon vor längerer Zeit stattgefunden, doch war die Ausschußüberweisung abgelehnt worden, so daß die Angelegenheit bisher unerledigt bei den Landtagsakten blieb. Die Kommunisten haben bereits angekündigt, daß sie dagegen Einspruch erheben würden, wenn man im Anschluß an die zweite Lesung des Gesetzentwurfes am Freitag sofort die dritte Lesung vornehmen wollte. Das Vorgehen der Kommunisten würde zur Folge haben, daß in der nächsten Woche noch eine Vollsitzung zur Vornahme der dritten Lesung des wirtschaftsparteilichen Gesetzentwurfes stattfinden müßte. Es ist hierfür der Dienstag nächster Woche in Aussicht genommen worden.

Wie weiter bekannt wird, sind bei den Mittelparteien des Preußischen Landtages unverbindliche Besprechungen über ein gemeinsames Vorgehen bei den Landtagswahlen im Gange. Man denkt in erster Linie an Listenverbindungen in den einzelnen Wahlkreisen und will damit jeden Verlust von Reststimmen durch gemeinsames Vorgehen vermeiden.

### Reichstag am 12. April?

**Da der Termin für die Neuwahl des Preußischen Landtags auf den 24. April festgesetzt worden ist, ist es zweifelhaft geworden, ob der Reichstag, wie ursprünglich vorgesehen, am Dienstag, den 12. April, wieder zusammentreten kann, denn auch die Reichstagsabgeordneten wollen agitatorisch in die Landtagswahlkämpfe eingreifen. Andererseits drängt jedoch die Arbeit am Reichshaushalt, der am 1. Juli in Kraft treten soll. Das Reichstagspräsidium ist deshalb der Ansicht, daß der Reichstag sehr wohl am 12. April zusammentreten kann, um in einer kurzen Tagung die erste Lesung des Haushaltsplanes zu erledigen und ihn dem Haushaltsausschuß zu überweisen. Der Ältestenrat des Reichstages wird nach Ostern zusammentreten, um über den Termin des Wiederbeginns der Reichstagsverhandlungen Beschluß zu fassen.**

Die Deutsche Volkspartei und das Landvolk lassen zu diesen Gerüchten erklären, daß sie diesen Sammlungsplänen durchaus ablehnend gegenüberstehen und daß sie gegen die Regierung Braun in dem Wahlkampf stehen werden.

### Stahlhelm und Präsidentenwahl.

**Kampfblock Schwarz-Weiß-Rot auch bei den Preußenwahlen.**

Der Stahlhelmpressedienst nimmt zum Ergebnis des Ausganges der Präsidentenwahl Stellung und schreibt dazu u. a.: Der Reichspräsident von Hindenburg hat am 13. März 18,5 Millionen Stimmen auf sich zu vereinigen vermocht. Von der nächsthöchsten Stimmziffer, der des nationalsozialistischen Parteiführers Hitler, trennen ihn mehr als 7 Millionen. An der absoluten Mehrheit fehlen nur knappe 200 000 Stimmen. Wir sind nicht Demokraten und Formalisten genug, um zu bestreiten, daß damit Hindenburg praktisch den Sieg im Wahlkampf errungen hat. Ein zweiter Wahlgang könnte kein anderes Ergebnis zeitigen. Er ist damit, selbst wenn er aus formellen Gründen stattfinden muß, politisch bedeutungslos geworden.

Der Stahlhelm hat den Kampf um die Reichspräsidentenwahl nicht gegen die Person des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg, sondern gegen das System geführt, das hinter seiner Person Deckung genommen hatte. Dieser Kampf wird mit der gleichen sachlichen Schärfe fortgeführt werden, wie bisher. Das Ergebnis des 13. März kann in keiner Weise als ein Vertrauensvotum für das System ausgelegt werden.

Der zweite Grund, der den Stahlhelm veranlaßt hatte, zusammen mit den übrigen Gruppen des Kampfblockes Schwarz-Weiß-Rot die Kandidatur Duesterberg aufzustellen, war der Entschluß, sich unter keinen Umständen einer nationalsozialistischen Parteidiktatur zu unterwerfen. Auch dieser Entschluß bleibt richtunggebend bestehen.

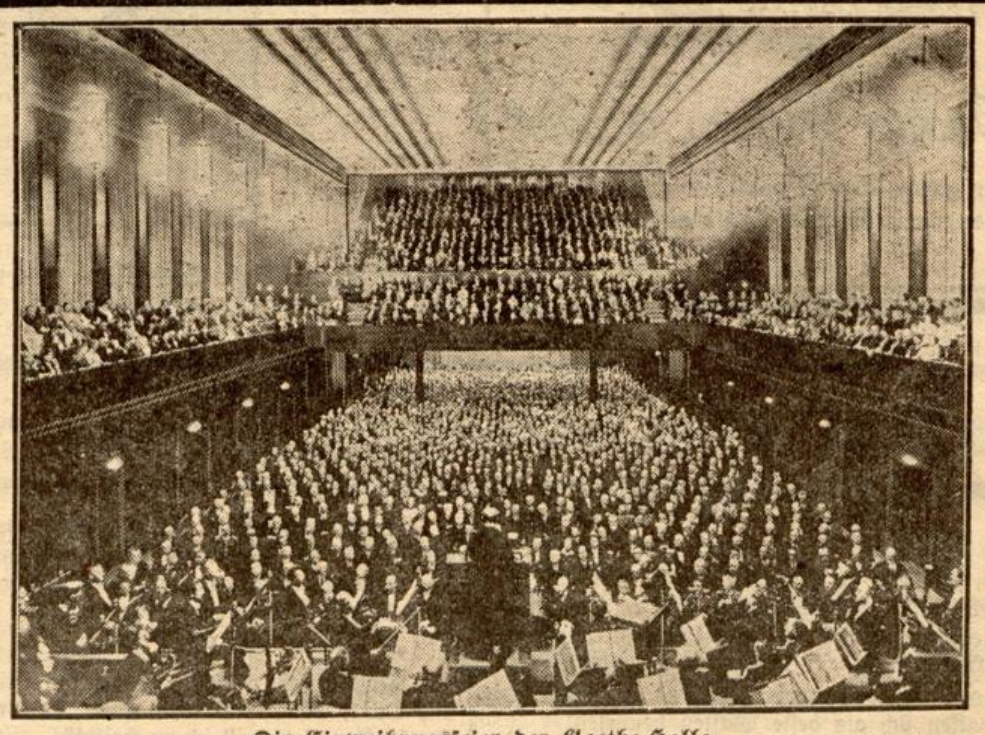
Die Systemparteien befänden sich in einem großen Irrtum, wenn sie etwa annehmen wollten, daß sie bei den kommenden Landtagswahlen auch nur annähernd auf die Stimmenzahl rechnen könnten, die sich am Sonntag auf die Person des Generalfeldmarschalls von Hindenburg vereinigt haben. Darüber hinaus aber werden die preußischen Landtagswahlen, die am 24. April stattfinden sollen, den Beweis erbringen, daß das heutige System im kommenden Preußischen Landtag stark in der Minderheit sein wird, daß also die Fortsetzung des Kurses Braun-Severing auch mit einem etwaigen Anbau nach rechts durch Hereinnahme dieser oder jener Splittergruppe der Mitte parlamentarisch nicht länger aufrechterhalten werden kann.

### Hindenburgs Dank.

Der Reichspräsident empfing den Arbeitsausschuß der Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse, Landrat a. D. Gereke, Graf Westarp, Generalmajor von Winterfeld sowie Staatssekretär a. D. Dr. Kempner und sprach ihnen und allen in den Hindenburg-Ausschüssen tätigen Damen und Herren seinen Dank für die so aufopfernd geleistete Arbeit aus.

### Scharfe Kampfansage Hitlers.

Hitler beschäftigte sich in einer Versammlung in Weimar mit der Präsidentenwahl. Wenn man die ungleichen Waffen, mit denen der Wahlkampf geführt wurde, betrachte, so könne die NSDAP. stolz darauf sein, daß sie als einzige Partei ganz allein 11,3 Millionen Stimmen aufgebracht habe, daß sie nach einem Kampf von kaum dreizehn Jahren die größte deutsche Partei, die es jemals gegeben habe, darstelle. Er, Hitler, müsse die Versicherung abgeben, daß es für ihn auch in Zukunft keinen Tag ohne Kampf geben werde. Wenn er heute angreife, werde er morgen und übermorgen wieder angreifen. Man müsse ihn töten, wenn man ihn von seinen Gegnern losbringen wolle. Der Kampf gehe so lange weiter, bis die Parteien des gegenwärtigen Systems am Boden lägen. Gleichgültig, ob der Tag des Sieges morgen komme oder in zehn Jahren. Aber dieser Tag komme. Es bestehe kein Zweifel, daß das Werk der NSDAP. doch noch gelingen werde.



**Die Einweihungsfeier der Goethe-Halle,**

die in Weimar errichtet worden ist und ausschließlich für die Jahrhundertfeiern anläßlich des Todestages Goethes bestimmt ist. Hier wird am 22. März die große Goethe-Feier der Reichsregierung veranstaltet werden. Auf der Bühne der Goethe-Halle werden Aufführungen Goethescher Werke stattfinden.

Es kam dann zu einem Zwischenfall, als der sozialdemokratische Abgeordnete Gründler bei einigen Fragen an Hitler darauf hinwies, daß es nicht deutscher Art entsprochen hätte, wenn zur Einbürgerung Hitlers auf „jüdische Art hinten herum" Verhandlungen geführt worden seien. Erregt fiel Hitler dem Redner ins Wort: „Bin ich hier als Zeuge, oder muß ich mich verletzen lassen?" Die Zeugenvernehmung über die Einbürgerungsfrage war damit beendet.

# Lokales und Provinzielles.

**Halver,** den 17. März 1932.

□ **Osterkarten und Osterpakete.** Gedruckte einfache Osterkarten, die in Größe, Form und Papierstärke den Bestimmungen für Postkarten entsprechen und ohne Umschlag versandt werden, unterliegen einer ermäßigten Gebühr. In diesen Karten dürfen außer den sogenannten Absenderangaben (Absendungstag, Name, Stand und Wohnort nebst Wohnung des Absenders) noch weitere fünf Wörter, die mit dem gedruckten Wortlaut im Zusammenhang stehen müssen, handschriftlich hinzugefügt werden. Als solche Nachtragungen gelten z. B. die üblichen Zusätze: „sendet", „Ihre", „Dein Freund", „sendet Dir", „sendet mit besten Grüßen Ihre" usw. Die Gebühr beträgt sowohl im Ortsbereich des Aufgabeortes als auch im innerdeutschen Fernverkehr sowie im Verkehr mit der Freien Stadt Danzig, Litauen und Memelgebiet, Luxemburg und Österreich für einfache Karten (ohne Umschlag versandt) 3 Pf., für Karten im offenen Umschlag bis 20 Gramm 4 Pf. Zur Vermeidung von Anhäufungen und Verzögerungen empfiehlt es sich, die Osterpakete und -päckchen möglichst frühzeitig aufzuliefern, sie gut zu verpacken, die Aufschrift haltbar anzubringen und den Bestimmungsort besonders groß und kräftig niederzuschreiben. Auf dem Paket und Päckchen muß die vollständige Anschrift des Absenders angegeben und in das Paket ein Doppel der Aufschrift gelegt werden. In den Päckchen sind etwaige Hohlräume mit Holzwolle usw auszufüllen, damit die Sendungen bei der Beförderung in Säcken und beim Stapeln nicht eingedrückt werden. Sie müssen deutlich als Briefpäckchen" oder „Päckchen" gekennzeichnet sein.

## Heilighaltung des Karfreitags.

Nach der preußischen Ministerial-Polizeiverordnung über den äußeren Schutz der Sonn- und Feiertage vom 23. 11. 1931 sind am Karfreitag verboten:

a) Rennen, sportliche und turnerische Veranstaltungen gewerblicher Art und ähnliche Darbietungen sowie sportliche und turnerische Veranstaltungen nicht gewerblicher Art, sofern sie mit Um- oder Aufzügen, mit Unterhaltungsmusik oder Festveranstaltungen verbunden sind;

b) in allen Räumen mit Schankbetrieb musikalische Darbietungen jeder Art;

c) alle anderen der Unterhaltung dienenden öffentlichen Veranstaltungen, soweit sie nicht nachstehend zugelassen sind:

Zugelassen sind am Karfreitag die nachfolgend verzeichneten Veranstaltungen:

a) Theater- und Musikaufführungen religiöser oder weihevoller Art;

b) Lichtspielvorführungen, die wegen ihres religiösen oder weihevollen Charakters als zur Aufführung am Karfreitag geeignet von der Bildstelle des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht in Berlin, Potsdamer Straße 120, anerkannt sind. Zu diesen Lichtspielvorführungen ist auch ernste Musikbegleitung zugelassen;

c) im Rundfunk: Darbietungen religiöser oder weihevoller Art, Vorträge, bei denen ein höheres Interesse der Kunst, Wissenschaft oder Volksbildung obwaltet, und Uebertragung von politischen Tages- und Lokalnachrichten.

Während der Hauptzeit des Gottesdienstes (9 bis 11.30 Uhr) sind auch alle vorstehend als zulässig aufgeführten Veranstaltungen verboten. Anträge auf Zulassung der zu a) bis c) aufgeführten Ausnahmen sind unter Beifügung der Unterlagen (Texte, Musikfolge, Zulassungskarte bzw. Bescheinigung der Bildstelle usw.) mindestens 3 Tage vorher beim Polizeipräsidium einzureichen.

—* **Anrechnung von Gelegenheitsverdienst auf die Arbeitslosenunterstützung.** Von den Landesarbeitsämtern wird mitgeteilt: Empfänger von Arbeitslosenunterstützung haben jeden Verdienst, selbst den geringsten Gelegenheitsverdienst, sowie die Uebernahme von Beschäftigungen jeder Art und Dauer, gleichviel, ob sie für eine Entschädigung gewährt wird oder nicht, dem zuständigen Arbeitsamt zu melden. Wer die Meldung unterläßt, oder den widerrechtlichen Unterstützungsbezug fördert, setzt sich der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aus. Die Arbeitgeber sind nach § 170 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung auch bei stunden- und tageweiser Beschäftigung von Arbeitnehmern verpflichtet, ihnen auf Verlangen Bescheinigungen auszustellen, aus denen Art, Beginn, Ende und Lösungsgrund des Arbeitsverhältnisses, sowie die Höhe des Arbeitsverdienstes hervorgeht. Es empfiehlt sich, dies auf der Verdienstnachweiskarte des Arbeitslosen einzutragen oder die Ausstellung einer besonderen Verdienstbescheinigung in der Spalte „Bemerkungen" auf der Kontrollmeldekarte des Arbeitslosen zu vermerken. Gibt ein Gelegenheits- oder Aushilfsarbeiter an, keine Unterstützung zu beziehen, so werden die Arbeitgeber im allgemeinen Interesse dringend gebeten, die Verdienstbescheinigung dem Arbeitsamt unmittelbar zuzustellen, um einem unberechtigten Bezug der Unterstützungen vorzubeugen. Die Mittel der Arbeitslosenunterstützung werden von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam aufgebracht. Alle Kreise sollten deshalb mißbräuchliche Ausnutzung der Unterstützung verhindern. Der Schwarzarbeit und damit dem unberechtigten Unterstützungsbezug wird am ehesten dadurch begegnet, daß die Arbeitskräfte selbst für die geringsten Gelegenheitsarbeiten bei den Vermittlungsstellen des zuständigen Arbeitsamtes angefordert werden.

—* **Kinderbeihilfe.** Nach der preußischen Besoldungsvorschrift haben die Beamten, die Kinderhilfe für über 16 Jahre alte Kinder beziehen, bis zum 15. März jedes Jahres die Erklärung abzugeben, daß die für den Bezug und die Höhe der Kinderbeihilfe maßgebenden Verhältnisse im abgelaufenen Rechnungsjahr unverändert fortbestanden haben und weiterhin fortbestehen. Die Beamten haben außerdem bis zum Fünfzehnten des 3. Monats jedes Kalendervierteljahres einschließlich etwaige Nachzahlungen anzugeben und auf Verlangen glaubhaft zu machen. Diese Angabe ist nicht erforderlich, wenn sich das eigene Einkommen des Kindes gegenüber dem Stande der letzten Angabe nicht erhöht hat. Diese Bestimmungen gelten in gleicher Weise für die Ruhegehaltsempfänger und die Witwen. Da die Behörden in den Fällen, wo die Anzeige nicht gemacht worden ist, bei Beginn des neuen Rechnungsjahres, das ist der 1. April jedes Jahres, die Zahlung der Kinderbeihilfe einstellen, wird dringend empfohlen, die Erklärung bis zum 15. 3. d. J. der die Bezüge anweisenden Behörde vorzulegen.

—* **Milchhändler und solche Landwirte,** die ihre im eigenen Betriebe gewonnene Milch unmittelbar an die Verbraucher absetzen, müssen die durch das neue Reichsmilchgesetz **vorgeschriebene Handelserlaubnis** bis spätestens zum 1. April d. Js. bei der für sie zuständigen Erlaubnisbehörde nachsuchen. Wie uns hierzu mitgeteilt wird, ist für den Bezirk des Kreises Altena (außer Stadt Altena) vorgesehen, daß die Anträge bei den Ortsbehörden mündlich vorgebracht werden können, die sie an die Erlaubnisbehörde weitergeben. Milchhändler und Landwirte tun gut daran, wenn sie sich jetzt sofort mit der für ihren Wohnsitz zuständigen Ortsbehörde in Verbindung setzen.

—* **Schlafwagenverkehr.** Mit Wirkung vom 15. März werden im deutsch-holländischen und deutsch-nordischen Schlafwagenverkehr der Mitropa neue Bettkartenpreise erhoben und zwar: für die Läufe zwischen Berlin, Altona, Stuttgart, Würzburg, Leipzig und allen holländischen Orten 1. Klasse = 27 *RM*; 2. Klasse = 15,50 *RM*; für den Lauf Amsterdam—Basel 1. Klasse = 30 *RM*; 2. Klasse = 16 *RM*; für die Läufe Berlin und Hamburg nach Malmoe und Kopenhagen sowie für den Lauf Hamburg—Frederikshavn und umgekehrt 1. Klasse = 27 *RM*; 2. Klasse = 13,50 *RM*. Das Bedienungsgeld 1. Klasse = 2 *RM* und 2. Klasse = 1 *RM* ist in den Preisen enthalten. Eine Vormerkgebühr wird auch im Vorverkauf nicht erhoben.

—* **Ostertreffen auf der Wislade.** Das Volkshochschulheim Wislade bei Lüdenscheid lädt auch dieses Jahr wieder zu einem Ostertreffen ein. Die Feiertage sollen alte und neue Freunde des Heims in Ernst und Fröhlichkeit vereinen. Vorträge sind im einzelnen noch nicht festgelegt. Die Gesamtkosten für das Treffen betragen für die Zeit von Gründonnerstag Abend bis Ostermontag Abend RM 8.—. Anmeldungen sind zu richten an das Volkshochschulheim bei Lüdenscheid. Die Arbeit des bisherigen Leiters, Ludwig Rese hat vor kurzem cand. phil. Otto Weitz übernommen.

## Halver

—0 **Verkehrsunfall.** Am 16. März 1932, vormittags gegen 11½ Uhr wurde auf der Provinzialstraße in Oeckinghausen ein vierjähriges Mädchen durch einen auswärtigen Personenkraftwagen angefahren. Das Kind trug einen Schlüsselbeinbruch davon. Es mußte ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden. Die polizeilichen Ermittlungen zur Klärung der Schuldfrage sind eingeleitet.

—)) Friedrich Wilhelm Clever zu Straße in hiesiger Gemeinde vollendete am Mittwoch, dem 16. März in guter Rüstigkeit und Frische sein 82. Lebensjahr. Vor annähernd 4 Jahren, am 9. Mai 1928, konnte er mit seiner Ehefrau Mathilde, geb. Jung die Goldene Hochzeit begehen, doch wurde ihm seine Lebensgefährtin 2½ Jahr später durch den Tod entrissen.

## Brügge

—: **Neue Lehrerin.** Durch Verfügung der Regierung zu Arnsberg wurde die Lehrerinnenstelle an der Kath. Schule zu Brügge zum 1. April d. J. endgültig der Lehrerin König aus Herne-Sodingen übertragen. Die kath. Elternschaft von Brügge ist hocherfreut, daß die durch die Versetzung der Lehrerin M. Koch nach Lünen-Oberaden leer gewordene Schulstelle nunmehr wieder endgültig besetzt wird, zumal der neuernannten Lehrerin der Ruf einer gewissenhaften und tüchtigen Erzieherin vorausgeht.

—:: Bei den Wahlvorbereitungen hat sich in unserem Ort eine Unsitte eingebürgert, die wenig erfreulich ist. Ueber Nacht wurden fast sämtliche Masten der Telefon- und elektr. Leitungen, sowie Bäume mit Wahlplakaten beklebt, selbst Häuser, Zäune, ja sogar Haustüren und Fensterscheiben hat man nicht verschont, wodurch den Besitzern eine große Arbeit verursacht wurde. Kaum waren die Plakate und Zetteln entfernt, als am anderen Morgen wieder alles beklebt war. Hier macht sich der Mangel von Plakattafeln bemerkbar. Es fragt sich nun, ob es nicht möglich ist, einige derartige Tafeln aufzustellen? Jedenfalls hat die Gemeinde irgendwo einige Bretter liegen und erwerbslose Schreiner werden auch zur Stelle sein, die mit der geringen Arbeit beauftragt werden können. Die Stichwahl zur Reichspräsidentenwahl, sowie die Landtagswahlen stehen bevor und da ist es wirklich erforderlich, einige Plakattafeln aufzustellen, die später wieder entfernt werden können. Es muß dann verboten werden, Plakate überall anzubringen, wodurch unser Ort nur verunschönert wird. Vielleicht nimmt sich die Gemeindeverwaltung der Sache einmal an, es werden sich dann gewiß auch Bürger bereit finden, evtl. Bretter zur Verfügung zu stellen, falls die Gemeinde keine Bretter haben sollte. Plätze zum Aufstellen der Tafeln sind genügend vorhanden.

## Kierspe

—! **Der S. G. V., Ortsgruppe Kierspe,** hielt seine Hauptversammlung ab, in welcher der 1. Vorsitzende, Bürgermeister Hiltebrandt, einen umfangreichen Jahresbericht erstattete. — Im vergangenen Jahre fand eine Begehung der Gemeindegrenze (Schnadezug) unter guter Beteiligung statt. — An Stelle des erkrankten Kassierers, Amtssekretär a. D. Wienbruch, wählte man Kaufmann Karl Dornseif. Für Monat Mai wurde ein gemeinsamer Ausflug mit dem hiesigen Schiklub vorgesehen.

## Kierspe-Bhf.

—b Im Hotel Bastian fand eine **Ausschußsitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse** statt. Die Jahresrechnung 1931 wurde abgenommen, nachdem eine eingehende Aussprache stattgefunden hatte. Der Kassenverwaltung wurde Entlastung erteilt. Man beschloß eine Satzungsänderung dahingehend, daß die Kassenbeiträge um ½ v. H. gesenkt werden sollen. Nach reiflicher Ueberlegung beschloß man außerdem die Wiedereinführung von Mehrleistungen, um gewisse Härten, die die Notverordnung für die Mitglieder mit sich gebracht hat, auszugleichen. Zunächst sollen folgende Mehrleistungen eingeführt werden: Krankenpflege bis zur Dauer von 26 Wochen, für die sonstigen Angehörigen, Eltern und Schwiegereltern erhalten Familienbeihilfe bis zu 26 Wochen, bei Krankenhauspflegekosten für Frauen und Kinder 60% Zuschuß. Sterbegeld soll beim Tode des Ehegatten des Mitgliedes bis zu 60% gezahlt werden. Beim Tode eines Kindes des Mitgliedes bis zum Alter von 2 Jahren = 25%, bis zum Alter von 6 Jahren 30%, bis zum Alter von 14 Jahren 40% des Sterbegeldes für Mitglieder. Diese Satzungsänderung bedarf jedoch erst der Genehmigung des Oberversicherungsamtes und tritt am Tage der Genehmigung in Kraft. Außer diesen Angelegenheiten wurden noch verschiedene interne Fragen beraten und erledigt.

—b Der **Lichtbildervortrag des Geflügelzuchtvereins Schnörrenbach** findet am Freitag. den 18. d. M. bereits um 6 Uhr und nicht um 8 Uhr statt.

—b Die **mittlere Reifeprüfung** bestanden an der Zeppelin-Oberrealschule zu Lüdenscheid die Schüler Heinrich Ikler-Kierspe-Bhf., Willi Börnke-Kierspe und Rudi Mohn, Meinerzhagen. Die Reifeprüfung an der höheren Handelsschule zu Hagen bestanden Hans Eick-Höferhof bei Kierspe und Karl Kattwinkel, Kierspe-Bhf.

—b **Goldene Hochzeit.** Die Eheleute Wilhelm Jünger und Frau Emma geb. Pollmann konnten am Dienstag dieser Woche das seltene Fest der Goldenen Hochzeit feiern. Eine überaus große Anzahl von Glückwunschtelegramme aus Nah und Fern bewies die große Wertschätzung, dessen sich das Jubelpaar erfreut. In bester Gesundheit konnten die Eheleute im Kreise ihrer Kinder und Verwandten diesen Tag begehen. Pfarrer Eggerling traute das Paar ein und legte seiner Predigt das Bibelwort Psalm 9, 2 zu Grunde. Er überreichte die Gedenkmünze der evangelischen Landeskirche der altpreußischen Union, sowie namens der Kirchengemeinde Kierspe eine Bibel. Der Vaterländische Frauenverein, die Frauenhülfe und die freie evangelische Gemeinde ließen Geschenke überreichen. Vom Reichspräsidenten von Hindenburg war eine Urkunde mit Begleitschreiben eingegangen. Der MGV. „Eintracht" der Gemischte Chor der freien ev. Gemeinde und der evgl. Kirchenchor erfreuten das Jubelpaar mit einigen Ständchen. Möge es dem Jubelpaare vergönnt sein, noch viele angenehme Jahre im Kreise seiner Familie verbringen zu können.

## Rönsahl

—c **Strandbad Rönsahl!** Das Strandbod Rönsahl hat gestern seine Eintragung ins Vereinsregister beantragt und gleichzeitig den notariellen Kauf des betr. Grundstückes getätigt. Die Uebergabe desselben erfolgt zum 1. April und kann alsdann der erste Spatenstich erfolgen. Mit der Errichtung dieses Strandbades wird unser ohnehin schon weit und breit bekannte Luftkurort noch an Bedeutung gewinnen.

*

**Lüdenscheid. Ausfall des Eilzugpaares Lüdenscheid—Dortmund.** Wie die Reichsbahndirektion mitteilt, fallen die Eilzüge 165/168 Lüdenscheid—Dortmund wegen geringer Benutzung zwischen Hagen—Dortmund vom Inkrafttreten des Sommerfahrplanes ab (am 22. Mai) fort.

**Hagen. 6000 *RM* fehlen bei der Hagener Theaterkasse.** Bei der kürzlich erfolgten Aufstellung der Bilanz für das abgelaufene Geschäftsjahr beim Stadttheater wurde festgestellt, daß ein Betrag von 6000 *RM* in der Kasse fehlte. Die Revision vermochte bisher keinen Aufschluß über den Verbleib eines vom Rendanten zwar als eingegangen verbuchten, aber in der Kasse nicht vorhandenen Betrages zu geben. Der Beamte ist vorläufig von seinem Amte beurlaubt.

**Allendorf.** Wildschweinjagd. Infolge des reichen Schneefalles konnten die Wildschweine wieder aufgespürt werden und am Freitag, 11. März konnte schon das erste Borstentier zur Strecke gebracht werden.

**Ergste. Die Straße ist kein Spielplatz!** Tödlicher Unglücksfall. Schweres Herzeleid ist in den gestrigen Nachmittagsstunden über die Familie Otto Brünger jr. hierselbst gekommen. Auf der Schwerterstraße befand sich die 3jährige Tochter Inge der Eheleute B. bei einer Spielgefährtin. Gegen 15¼ Uhr wollte das Kind von der Besitzung Otto Möller nach dem gegenüberliegenden Hause des Kaufmanns Krallemann laufen. In diesem Augenblicke passierte ein Lieferkraftwagen des Kaufmanns Gies aus Dortmund die fragliche Stelle in Richtung Schwerte. Da das Kind dem Wagenführer direkt vor den Wagen lief, konnte er trotz des mäßigen Tempos ein Unglück nicht verhindern. Der Lieferwagen ging der Kleinen über den Körper und hat anscheinend schwere innere Verletzungen hervorgerufen. Die an der Unfallstelle erschienenen Aerzte Sanitätsrat Dr. Emmerich und Dr. Dickehage, Schwerte, stellten eine Gehirnerschütterung fest. Da die Aerzte innere Verletzungen vermuteten, nahm Sanitätsrat Emmerich das Kind mit in das ev. Krankenhaus in Schwerte. Hier ist es kurz nach der Einlieferung bereits gestorben. Den betrübten Eltern wird allgemeine Teilnahme entgegengebracht. Den Kindern muß immer wieder gepredigt werden, daß die Straße kein Spielplatz und Aufenthaltsplatz zum Tummeln ist.

**Herne.** Arbeiter durch Düngesalz verschüttet. Ein Toter, drei Verletzte. Wie jetzt bekannt wird, ereignete sich am Samstag im Stickstoffwerk der Gasverwertungsgesellschaft Lothringen ein schwerer Unglücksfall. Mehrere Arbeiter waren mit dem Verladen von Düngesalz beschäftigt und verwendeten hierbei einen sogenannten „Kratzer", da das Salz durch die jahrelange Lagerung Steinhärte angenommen hatte. Von der im Werk lagernden etwa 10 000 Tonnen umfassenden Menge brach plötzlich ein Berg zusammen und begrub mehrere Arbeiter. Die Feuerwehr konnte drei der Verschütteten sofort bergen. Zwei der Verunglückten hatten schwere Kopf- und Fußverletzungen davongetragen. Bei einem der Arbeiter blieben die Wiederbelebungsversuche ohne Erfolg.

**Soest. Lehrer und Schüler ertrunken.** Montag mittag ereignete sich an der Möhnetalsperre ein tragischer Unfall. Eine Schulklasse aus Günne hatte mit Erlaubnis des Lehrers das Eis am Rande des Sees betreten. Dabei hatten sich einige Kinder zu weit vorgewagt. Dem Lehrer gelang es, 2 der eingebrochenen Kinder zu retten, bei dem Versuch, das dritte Kind herauszuholen, brach er ein und ertrank. Die Leichen des Lehrers und des Kindes wurden einige Zeit später geborgen.

**Hamm.** Rand- und Kleinsiedlung. Die Stadtverordneten beschäftigten sich auch hier mit der Randsiedlung, deren baldige Inangriffnahme eine Magistratsvorlage vorsah. Daneben ist noch eine Kleingartensiedlung geplant. Für Rand- sowie die Kleingartensiedlung sind Reichsdarlehen in einer Gesamthöhe von rund 92 000 RM in Aussicht gestellt. Trotz großer Bedenken stimmte man auch hier, um sich die Mittel nicht entgehen zu lassen, dem Bau der Rand- und der Kleingartensiedlung sowie der Bürgschaftsübernahme zu.

**Radevormwald.** Auf eine 25jährige Tätigkeit als Lehrer blickt Bruno Lockemann, Radevormwald-Hahnenberg, zurück. Durch seine langjährige Tätigkeit als Chordirigent hat sich der Jubilar im Bergischen Land und im Sauerland einen guten Namen erworben.

**Köln. Ein neuer Dizbestrick.** Eine 83jährige Frau ging nachmittags durch die belebte Schildergasse. Sie wurde plötzlich von einer besser gekleideten Frau mit dem Bemerken angehalten: „Mütterchen, Sie haben da hinten das Kleid auf." Dann erbot sich die Fremde, der alten Dame zu helfen. Man trat auf Vorschlag der Helferin in einen Hausflur. Hier nahm die Unbekannte der alten Frau die Handtasche und ein Paketchen ab und legte beides auf den Boden. Dann hantierte sie einen Augenblick am Kleid der Frau, um sich gleich darauf, nachdem sie Handtasche und Paket aufgehoben und der alten Dame wieder ausgehändigt

hatte, in liebenswürdiger Form zu verabschieden. Später mußte die 83jährige dann feststellen, daß die Fremde sich im Hausflur blitzschnell die Geldbörse mit etwa fünf Mark angeeignet hatte.

## Großfeuer im Landkreis Hannover.

**Scheunenbrand in Grasdorf.**

Nachts brach in dem Anwesen des Schlossermeisters Cordes in Grasdorf Großfeuer aus, das wahrscheinlich in einer Scheune, in der auch der Viehstall und die Werkstatt untergebracht waren, seinen Entstehungsort hatte. Der Brand griff sehr schnell um sich, da in der Scheune lagernde Getreide- und Strohvorräte den Flammen immer wieder neue Nahrung boten. So war beim Eintreffen der Feuerwehr von der Scheune, aus der man noch rechtzeitig das Vieh hinausgetrieben hatte, nichts mehr zu retten, und von dem neben der Scheune liegendem Wohnhause brannte bereits der Dachstuhl, doch konnte dieser Brand gelöscht und das Gebäude gerettet werden, wenn auch die Bekämpfung dieses Brandes wegen der in unmittelbarer Nähe in Flammen stehenden Scheune ungewöhnliche Schwierigkeiten machte. Die Entstehungsursache des Brandes ist vorläufig noch unbekannt.

## Weitere Stillegungen im Harzer Bergbau

**Die Harzburger Gruben teilen das Schicksal von Clausthal und Lautenthal.**

Die Bergbau-Aktiengesellschaft Lothringen hat sich genötigt gesehen, ihre im Amtsbezirk Harzburg gelegenen Eisenerzgruben „Friederike" und „Hansa" mit dem 15. März stillzulegen. Die Belegschaften von zusammen 135 Mann wurden entlassen und nur noch wenige Arbeiter zurückbehalten, die für die Abräumung der Haldenbestände sorgen. Nach Aufarbeitung dieser Bestände in etwa sechs Wochen wird auch die vor Harzburg gelegene Mathildenhütte ihren Betrieb einstellen.

Der Erzbergbau im Amtsbezirk Harzburg ist damit vom gleichen Schicksal ereilt worden, wie es vorher schon die Gruben in Clausthal und Lautenthal im Oberharz traf. Der Clausthaler Bergbau wurde im Sommer 1930 stillgelegt, da sich für die Gruben keine Rentabilität mehr erzielen ließ. Nicht viel später erfolgte die Betriebseinstellung in dem kleinen Bergstädtchen Lautenthal.

## Aufruf zur Goethefeier.

**Weckruf zum Einheitsbekenntnis des Deutschtums.**

Ein Aufruf zum Goethetage, der vom Reichspräsidenten von Hindenburg, vom Reichskanzler, vom Reichsinnenminister, vom preußischen Kultusminister und von führenden Männern und Frauen der Literatur, der Wissenschaften und der Künste unterzeichnet ist, betont, daß Goethe in den Jahren hoffnungsloser Tiefstandes seinem Volke

**den Weg zur Wiedergeburt**

gewiesen habe. Seine größte Dichtung zeige die Vision des freien Volkes auf freiem Grund. Wie der Dichter selbst alle Gegensätze der menschlichen Natur in sich getragen und den leidenschaftlichen Zwiespalt seines Innern zum befreienden Einklang gebracht habe, so mahne sein Geist zur einträchtigen Überwindung selbstzerfleischenden Streites. Der Name Goethe bedeute dem Volk

**eine Botschaft inneren Friedens.**

Goethes Erscheinung werde zum Sinnbild eines Einsgefühls der über Deutschlands Grenzen hinaus in seiner Sprache verbundenen Gemeinschaft. Goethes 100. Todestag soll, wie einstmals Schillers 100. Geburtstag, ein Weckruf für das Einheitsbekenntnis des über die ganze Erde verstreuten Deutschtums werden.

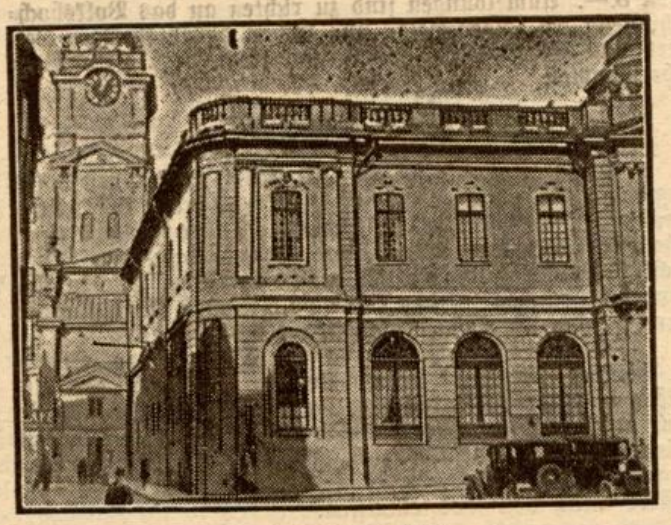
## Börse und Handel

**Amtliche Berliner Notierungen vom 16. März.**

* **Börsenbericht.** Die Börse eröffnete außerordentlich fest. Der Ordereingang war minimal und stand in keinem Verhältnis zu den Kurssteigerungen. Tagesgeld erforderte unverändert 6¾. Diskonte waren weiter angeboten. Der Privatdiskontsatz blieb unverändert 6 bzw. 5⅞. Im Verlauf gewann die optimistischere Auffassung wieder Übergewicht. Die Kurse konnten sich vielfach bessern, ohne ihren höchsten Stand zu erreichen. Der Schluß war stetig. Schiffahrtswerte waren weiter gefragt.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,20—4,21; engl. Pfund 15,26—15,30; holl. Gulden 170,13—170,47; Danz. 82,07—82,23; franz. Franc 16,57—16,61; schweiz. 81,37—81,53; Belg. 58,74—58,86; Italien 21,81—21,85; schwed. Krone 83,52—83,68; dän. 84,07—84,23; norweg. 82,67—82,83; tschech. 12,46—12,48; österr. Schilling 49,95—50,05; Argentinien 1,073—1,077; Spanien 32,12—32,18.

* **Produktenbörse.** Weizen prompt ruhiger, desgleichen Lieferung. Lieferungsroggen nachgiebig. Promptnotiz erhöht. Russenroggen blieb angeboten. Gerste matter, Hafer ruhig. Mehl lustlos.



**Die Stockholmer Börse,**
**die infolge des Todes Kreugers auf unbestimmte Zeit geschlossen werden mußte.**

# Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 16. März.

**Hindenburg spendet 10 000 Mark für Künstlerhilfe.**

**München.** Reichspräsident von Hindenburg hat der Glaspalast-Künstlerhilfe E. V. in München aus seinem Dispositionsfonds eine Spende von 10 000 Mark überwiesen. Das Kuratorium der Glaspalast-Künstlerhilfe hat dem Reichspräsidenten den Dank für diese hochherzige Spende ausgesprochen.

**von Twardowski aus dem Krankenhaus entlassen.**

**Moskau.** Amtlich wird gemeldet, daß der verletzte deutsche Botschaftsrat in Moskau von Twardowski am Dienstag abend aus dem Krankenhause entlassen wurde. Sein Gesundheitszustand ist außerordentlich befriedigend und die Wunde gut geheilt. Nunmehr werden auch keine amtlichen Mitteilungen über seinen Gesundheitszustand mehr ausgegeben.

**Selbstmord eines Kreuger-Direktors.**

**Reval.** In Weißenstein (Estland) hat sich der geschäftsführende Direktor der dortigen dem Kreuger-Konzern angehörenden Streichholzfabrik, Margus, erhängt. Die von Margus geleitete Fabrik war früher sein Eigentum. Nach Abgabe des Zündholzmonopols an Kreuger verkaufte Margus die Fabrik gegen Aktien des Schwedentrusts. Das Fallen dieser Papiere und die Tatsache, daß sein Gehalt als geschäftsführender Direktor nach dem Tode Kreugers um 66 Prozent gekürzt wurde, hatte für Margus, der noch eine Reihe anderer Unternehmungen besaß, finanzielle Schwierigkeiten zur Folge.

**Blinder erschießt einen Arzt und vergiftet sich und seine Geliebte.**

**Belgrad.** In Subotitza (Mariaterespel) wurde der Oberarzt Emmerich Szekely in seinem Ordinationszimmer von einem blinden Beamten der Standard Oil-Co. namens Petras erschossen. Der Mörder begab sich nach der Tat in sein Hotel, wo er seine Begleiterin Maria Miwong und dann sich selbst vergiftete. Petras hatte vor einiger Zeit aus Eifersucht seine Frau angeschossen und dann sich selbst eine Kugel in die Schläfe gejagt. Er glaubte, seine Frau sei tot. Petras selbst erblindete.

**Grubenunglück in Japan.**

**Tokio.** Bei einer Gasexplosion in dem Futago-Kohlenbergwerk in der Präfektur von Nagasaki wurden fünfzehn Bergleute getötet und über dreißig schwer verwundet.

**Große Verluste des japanischen Handels in China.**

**Tokio.** Nach einer Meldung des japanischen Handelsministers war der japanische Handel mit China im Februar mit 6 260 000 Yen passiv. Der japanische Handel ist besonders stark in Nord- und Südchina zurückgegangen. Auch die japanischen Eisenbahnen haben große Ausfälle erlitten. Die japanische Regierung wird in den nächsten Tagen besondere Maßnahmen für die Beförderung der japanischen Transporte nach der Mandschurei treffen.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

## Bekanntmachung.

Gemäß §§ 46 ff. des Wassergesetzes vom 7. April 1913 wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der **Metzgermeister Walter Schneider in Schalksmühle** die Verleihung des Rechtes beantragt hat, nach Maßgabe des Antrages vom 10. September 1931 auf seinem Grundstück Gemarkung Schalksmühle, Flur 5, Parzelle 1644/89 eine

**Kläranlage**

zu errichten und die Abwässer aus dem Schlachthause nach Klärung in den Hälverbach einzuleiten.

Der Verleihungsantrag mit Zeichnungen und Erläuterungen liegt auf dem Amtshaus in Halver während der Dienststunden zur Einsicht aus.

Widersprüche gegen die Verleihung und Ansprüche auf Herstellung und Unterhaltung von Einrichtungen oder auf Entschädigung sind **beim Bezirksausschuß in Arnsberg schriftlich in drei Ausfertigungen** oder zu Protokoll in der Zeit vom 17. 3.—31. 3. 32 einschließlich anzubringen.

Innerhalb derselben Frist sind Anträge auf Verleihung des Rechtes zu einer Benutzung des Wasserlaufs, durch welche die von dem Antragsteller beabsichtigte Benutzung beeinträchtigt werden würde, bei der unterzeichneten Amtsstelle mit dem unter 2—5 in der III. Ausführungsanweisung zum Wassergesetze vorgeschriebenen Unterlagen einzureichen.

Werden innerhalb dieser Frist Widersprüche nicht erhoben oder Anträge auf Verleihung von Rechten nicht gestellt, so geht das Widerspruchs-Antragsrecht verloren. Die nach Ablauf der Frist gestellten Anträge auf Verleihung können in diesem Verfahren nicht mehr berücksichtigt werden.

Wegen nachteiliger Wirkungen bei der Ausübung des verliehenen Rechtes können in diesem Falle nur noch die im § 82 und § 203 Absatz 2 des Wassergesetzes bezeichneten Ansprüche geltend gemacht werden.

Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig geltend gemachten Einwendungen, Widersprüche, Ansprüche auf Herstellung und Unterhaltung von Einrichtungen und Entschädigungsansprüche wird auf einem noch anzuberaumenden Termin im Geschäftszimmer des Unternehmers vor einem Beauftragten des Bezirksausschusses verhandelt werden, wozu alle Beteiligten geladen werden.

Diese Verhandlung wird auch stattfinden, wenn einer der Beteiligten ausbleibt.

**Arnsberg**, den 8. März 1932.

**Der Bezirksausschuß, Abt. II.**


Mittwoch u. Donnerstag im Hauptgeschäft Kronprinzenstraße

**Schellfisch**

lebendfrisch und ohne Kopf

**Konsumverein Halver.**

**T.-V. Kierspe e. V. 1879.**

**Abfahrt zum Gaugeräte-Mannschaftskampf in Herscheid**

Sonntag, den 20. ds. Mts., mittags 12 Uhr vom Vereinslokal mit Schnellastwagen.

Der Vorstand.

**Preisabbau für Blumenspenden**

Zur Konfirmation:
z. B. Cinerarien (Morgenstern) 80 Pfg.
Narzissen in Topf u. Schnitt 15 Knospen u. Blüten 1,50 M.
Tulpen p. Blüte 12 Pfg.
Primeln 60-80 Pfg.
Azaleen v. 1.- M. an.
Hortensien sehr preiswert.
Prima Qualität!
Lieferung frei Haus!

Gärtnerei
**Otto Bonner,**
Kierspe-Ebenstück
Tel. 497 Meinerzhagen

**Düngemittel!**

Eingetroffen und auf Lager vorrätig:
Thomasmehl 14/16%
Kainit 15,7%
Kali 42%
Schwefels. Ammoniak 21,04%
Kalkstickstoff 20,03%
Kalkammonsalpeter 21%
Nitrophoska 2
Ammon.-Superphosphat 9×9

**C. Zimmermann,**
Ohl-Rönsahl,
Telefon Nr. 11 Rönsahl.

**Kochen Sie Maggi's Suppen. Sie sparen Arbeit, Zeit und Geld**
• Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine, es lohnt sich!




Du ruhest nun in stillem Frieden,
Die unser Herz im Tod noch liebt.
Bist so früh von uns geschieden,
Tief hat die Trennung uns betrübt.
Doch solches war des Höchsten Plan,
Was Gott tut, das ist wohlgetan!

Gestern nachmittag 4 Uhr entschlief sanft nach kurzem, schweren Krankenlager im Städt. Krankenhaus zu Lüdenscheid unsere innigstgeliebte Tochter, meine herzensgute Schwester, Enkelin und Nichte

**Irmgard**

im blühenden Alter von 10 Jahren 8 Monaten.

Um stille Teilnahme bitten die tiefbetrübten Hinterbliebenen:
**Familie Heinr. Gutberlet.**

**Halver**, den 16. März 1932.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 18. März 1932, nachm. 2¼ Uhr vom Trauerhause, Langenscheiderweg aus statt.


Wer Existenzsorgen hat, richte sich nach amerikanischem Muster eine Bügelstube mit der modernen
**Heißmangel**
ein. Ueber 7000 Betriebe bereits eingerichtet. Modell 1932 erstmalig zur Messe gezeigt.
Täglich Bargeld; Ratenzahlung; Vertreterbesuch.
**J. Höwing, Bochum, Yorkstraße 10, Ruf 62311.**

**Schulbücher**

für die
Volks- u. Rektoratschulen
vorrätig
Buchhandlung
**Wilhelm Bell jr., Halver.**

**Sämtl. Drucksachen**

von
**Adreßkarten**
**Briefbogen**
**Couverts**
**Danksagungen**
**Einladungen**
**Flugblätter**
**Geschäftskarten**
**Hochzeitszeitungen**
**Kataloge**
**Lohntüten**
**Milchscheine**
**Plakate**
**Quittungen**
**Rechnungen**
**Satzungen**
**Traueranzeigen**
**Umschläge**
**Visitenkarten**
**Weinkarten**
**Zirkulare**
bis **Zahlkarten**

Clichès stelle ich aus meinem sehr großen Vorrat kostenlos zur Verfügung

Liefere in bester Ausführung Schwarz-, Bunt- und Kopierdruck

werden in sauberer und geschmackvoller Ausführung schnell und billig angefertigt in der

**Buch- und Kunstdruckerei**
**Wilh. Bell jr., Halver i. W.**
Fernruf 42. Fernruf 42.

**Gelegenheitsangebot.**
Sehr guter
**Geschirr- oder Weideschuppen**
7½×3¾ m
für 65 RM. hat abzugeben
Karl Streppel,
Berken-Oberbrügge.

**Hebel-Briefordner**
passend für Konto-Auszüge
vorrätig
**Wilh. Bell jr., Halver.**

**LUHNS Wasch-Extrakt**
Paket 23 Pfg.